

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.,  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beizettel oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thiens, Greifswald G. Illies,  
Halle a. S. Jul. Barck & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 1. Dezember.** Der Kampf, der seit längerer Zeit innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über die Gewerkschaftsfrage entbrannt ist und nach Überwindung des Kölner Parteitag in dem amtlichen Parteiorgan mit großer Heftigkeit ausgefochten wird, ist seit einigen Tagen zu vorläufigem Stillstand gekommen. Unmittelbar hinter einander haben im „Vorwärts“ die beiderseitigen Hauptführer Bebel und v. Elm erklärt, daß sie durch anderweitige Tätigkeit genötigt seien, den Kampf für kurze Zeit einzustellen, daß sie aber nach Erledigung der dringenden Arbeiten ihn wieder aufnehmen würden. Ob dies wirklich der Fall sein wird oder ob nicht etwa die Waffenruhe einen längeren, vielleicht dauernden Waffenstillstand einleiten soll, muß abgewartet werden. In beiden Lagern wird man zu der Einsicht gelangt sein, daß eine Fortsetzung des Kampfes für die innere Stärke der Partei verhängnisvoll werden könnte. Um den Klüftung zu vermeiden, hat der „Vorwärts“ zunächst die Aufmerksamkeit abzulenken versucht, indem einmal mit dem bekannten regelmäßigen Briefschreiber in der „Neuen Zeit“ ein vorichtiges und harmloses Gespräch begonnen, dann aber auch wieder mit dem alten verhassten Gegner in der holländischen Sozialdemokratie angebandelt wird. Da aber Bebel nicht recht hat verlangen wollen, so wird jetzt wieder zu dem mehrfach bewährten Mittel gegriffen, indem wieder einmal ein zunächst nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Attentat herangezogen wird. Es ist, wie wir bereits erwähnt haben, ein Erlaß des Ministers des Innern an die Regierungs-Präsidenten vom 29. Juli d. J., durch den deren Aufmerksamkeiten erneut auf die Maßregeln zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gelenkt worden ist. Es wird darin den Behörden zur Pflicht gemacht, ihr Augenmerk auf die Fortschritte der Sozialdemokratie zu richten, und auf geeignete Mittel zu ihrer Bekämpfung hingewiesen. Diese Mittel sind theils, bei drohender Gefahr für die Ruhe und Ordnung, polizeilicher und militärischer Art, theils aber erstrecken sie die innerliche Ueberwindung der Sozialdemokratie, da anerkannt wird, daß staatliche Machtmittel allein nicht ausreichen. Es wird namentlich auf die Belehrung und Aufklärung in Vereinen und Versammlungen sowie durch eine gute Presse, auf die Abwehr verwerflicher Agitation, auf die Pflege eines humanen ethischen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern Nachdruck gelegt. Besonders wird die Aufmerksamkeit auf die sozialistische Bearbeitung des platten Landes hingelenkt. Wir sehen nicht ein, wie für Einwendungen man gegen diese auf alle Fälle wohlgemeinten Maßnahmen und Ratschläge erheben könnte. Daß die Sozialdemokratie für die öffentliche Ordnung eine ernste Gefahr in sich birgt, ist nie bestritten, vielmehr von den höchsten Stellen, u. A. vom Reichskanzler, ja selbst vom Kaiser offen ausgesprochen worden. Daß ferner die letzten Reichstagswahlen eine abermalige numerische Zunahme der Anhänger der Umsturzbewegung erwiesen haben, wird allgemein zugegeben, weil die Zahlen es beweisen; nur das ist vielfach in Zweifel gezogen worden und wird auch in dem Erlaß nicht bestritten, sondern nur als der tatsächlichen Anhaltspunkte entbehrend bezeichnet, daß mit der numerischen Stärke der Partei auch die innere Stärke zugenommen hat, oder ob diese nicht vielmehr ihren Höhepunkt erreicht und bereits überschritten habe. Auch die Mittel, die der Minister gegen die weitere Ausbreitung der Sozialdemokratie in Anwendung zu bringen empfiehlt, sind nicht neu, sondern nur in übertriebener Weise zusammengefaßt und von Maßregeln, die der gesellschaftlichen Unterlage entsprechen, ist in dem Erlaß mit keiner Silbe die Rede. Man sieht daher nicht recht, was die Veröffentlichung bezweckt, und der Minister wird jedenfalls dadurch in keiner Weise bloßgestellt, was der „Vorwärts“ gewiß gern gesehen hätte. Wohl aber werden die leitenden Behörden durch die immer sich wiederholende Indiscretion, die mit der Veröffentlichung von Attentatsberichten verbunden ist, veranlaßt, darauf bedacht zu sein, Mittel zu ergreifen, die einem ferneren Mißbrauch abzuhelfen geeignet sind, und es würde nicht überflüssig kommen, wenn künftighin auch im inneren Verwaltungsbereich eine Maßregel ergriffen werden sollte, die bisher nur im Verkehr mit den auswärtigen diplomatischen Agenten üblich ist, nämlich die Anwendung der Chiffersprache.

\*\*\* Vielach werden Befürchtungen laut, und äußern sich auch in Eingaben an die Volksvertretung, daß durch den in dieser Tagung im Reichstage zu verhandelnden Abgangsvertrag über die Abgablungsgeschäfte der realen Abgablungsbewerker geschädigt werden würde. Diese Befürchtungen sind grundlos. Der Entwurf bezweckt durchaus nicht, den Eigentumsvorbehalt aufzuheben, sondern nur die Verwirklichungslauf und zwar dahin abzuändern, daß, wie dies nun recht und billig ist, beim Eintritt von Verzögerungen Käufer wie Verkäufer verpflichtet ist, dem anderen Theile die empfangene Leistung zurückzugewähren. Man wird doch unmöglich behaupten wollen, daß das bisher bei dem Abschluß von Abgablungsverträgen übliche Verfahren, wonach dem Käufer bei Nichterhaltung seiner Verpflichtungen die Rückgabe der gebrauchten Waare ohne jeden Anspruch auf die von ihm bereits gezahlten Raten des Kaufpreises oblag, der Gerechtigkeit oder gar der Billigkeit entspräche. Die realen Abgablungsgeschäfte haben diesem Gebrauche gehuligt, weil er ihnen die größte Sicherheit bot, die unrellen aber, um gerade aus dem Verlegenheiten der Käufer Vortheile zu ziehen. Es werden von den Letzteren die verwerflichsten Praktiken angewendet, um vermögenslose Personen zum Abschluß von Abgablungsverträgen zu überreden in der Voraussetzung, daß diese Verträge von den Käufern nicht eingehalten werden können. Diesem Treiben wird der Entwurf, der übrigens in der vorletzten Reichstagsstagung schon in die zweite Plenarberatung gelangt war und demnach jetzt die größte Aussicht auf schnelle Erledigung hat, entgegenzusetzen. Die realen Abgablungsgeschäfte werden davon keinen Schaden, sondern infolgedessen, als sich nach Beseitigung dieser Auswüchse das Ansehen des Abgablungsvertrages heben wird, Vorteile haben.

— Nachdem die Aeltesten der Kaufmannschaft in ihrer letzten Sitzung beschloffen haben, bei dem Minister des Innern wegen Bewilligung weiterer Ausnahmestimmungen bezüglich der Sonntagstrübe für die letzten Sonntage des Jahres vorfällig zu werden, haben gestern Abend, in Uebereinstimmung mit der von uns gegebenen Anregung, auch die Stadtverordneten beschloffen, den

Magistrat aufzufordern in diesem Sinne zu wirken. Hoffentlich hat dieser neue Versuch zum Erfolg. Nur die Sozialdemokraten stimmten dagegen, obwohl Herr Singer, dem Wortführer derselben, unmöglich unbekannt sein kann, daß er sich mit dieser Haltung in Widerspruch mit zahllosen Genossen befindet, welche selbständige kleine Gewerbetreibende sind.

— Der „Köln. Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet:

Die Pariser Meldungen, daß der deutsche Botschafter in Paris mit dem französischen Minister des Auswärtigen Unterredungen gehabt habe über die für die Entdeckung der Attentäter zu ergreifenden Polizeimaßregeln, sowie über Maßnahmen, welche gegen den Anarchismus ergriffen werden sollen, sind trotz hartnäckiger Wiederholung von Paris aus falsch. Deutschland hat keineswegs die Absicht kundgegeben, ein internationales Vorgehen gegen den Anarchismus anzubahnen; hier herrscht durchaus keine Schwärze darüber, ob die Attentate rein anarchischen Ursprungs sind.

— Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „Die „Kreuz-Ztg.“ ist durch den Verlauf der Etatsdebatte in sehr ablehne Versetzt worden, hauptsächlich wohl darum, weil die schon in der ersten Lesung der Handelsverträge von verschiedenen Seiten laut gewordene Verurtheilung der agrarökonomischen Anschreitungen sich in der Etatsdebatte in der Weise fortsetzte, daß man sich freikonservativen und konservativen gegen die Billigung namentlich der von der „Kreuz-Ztg.“ bezugenen Ergebnisse verwarbte. Daß die Konservativen damit eine möglichst ungeeignete Persönlichkeit betraut hatten, änderte nichts an der Thatsache. Die „Kreuz-Ztg.“ nun sucht ihrem Schmerz durch einen kleinen Anstich gegen den nationalliberalen Staatsredner, den Abgeordneten Möller, Luft zu machen, dessen Rede sie „trocken und dürrig“ nennt. Das ist Geschmacksache; zu großen oratorischen Leistungen hat die vierjährige Diskussion überhaupt keinen Anlaß dargeboten. Keine Partei aber hat dabei so „schlecht abgegeschnitten“, wie die konservative, deren Staatsredner, dem Herrn v. Freyze, wie wir bereits gestern erwähnten, von der eigenen Parteipresse „Thorheiten“ vorgeworfen werden, durch welche die Konservativen um allen Kredit im Volke gebracht würden. Unter solchen Umständen ist die Bestimmung der „Kreuz-Ztg.“ allerdings sehr begründet. Und da kommt nun gar noch die traurige Nothwendigkeit hinzu, anlässlich des Jesuitenanspruchs Stellung gegen das verehrte Zentrum nehmen zu müssen! Wie die „Kreuz-Ztg.“ dies thut, das ist geradezu mittheilend. Sie motivirt die Verwerfung des Antrages ausschließlich mit der Begünstigung des französisch-russischen Einvernehmens durch den Papst und die Jesuiten! Also ohne diese Begünstigung würden die Konservativen für die Rückbeziehung der Jesuiten sein? Ach nein; die „Kreuz-Ztg.“ und ihre speziellen Gesinnungsgenossen müssen nur dann einen andern Vorwand finden, um mit Hilfe desselben trotz ihrer heißen Sehnsucht nach einem festen Bündnis mit dem Zentrum der antijesuitischen Stimmung der konservativen Wählerchaft Rechnung tragen zu können.

\*\*\* Zu der in Dresden am 15. April d. J. unterzeichneten internationalen Sanitätsconvention hat die großbritannische Regierung nachträglich ihren Beitritt erklären lassen, jedoch, wie wir hören, unter dem Vorbehalte, daß bezüglich der Behandlung von Personen, welche an Bord von verunglückten Schiffen ankommen, die aber bei der Ankunft nicht krank befunden werden, in England nicht die Dresdener Beschlüsse, sondern die bisherigen britischen Bestimmungen maßgebend seien. Der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, als Vertreter der im Anschluß an die Konferenz deren weitere Geschäfte führenden deutschen Regierung, soll nach vorgängigem Benehmen mit den befreundeten Mächten, im Namen der letzteren die bezüglichen Erklärungen angenommen haben. Das hierüber angenommene Protokoll soll demnächst der Vorlage der Uebereinkunft an den Reichstag beigefügt werden.

— Nachstehendes Schreiben veröffentlicht in der „Neukrüger Ztg.“ Freiherr v. Huene: „Der Herr Rittermeister Hüner auf Badenau hat unter dem 19. d. Mts. an mich die vorliegende Anfrage gerichtet, ob ich bereit sein würde, das erledigte Reichstagsmandat für den Wahlkreis Neustadt O.-S. anzunehmen. Ich habe sofort ablehnend geantwortet und glaube diesen meinen Standpunkt auch öffentlich zum Ausdruck bringen zu sollen. Die Verhältnisse, welche mich nach meiner Ueberzeugung verpflichten, bei den letzten Reichstagswahlen bereit zu sein, ein Mandat anzunehmen, liegen nicht mehr vor. Ich glaube be-rechtigt zu sein, die persönlichen und sachlichen Gründe, welche meinen schon früher geäußerten, damals nur zurückgestellten Entschluß, ein Reichstagsmandat bis auf Weiteres nicht mehr anzunehmen, herbeizuführen hatten, nunmehr zur Geltung bringen zu dürfen.“

— Ein Lokal-Berichterstatter schreibt: Bei der Öffnung von Paceten an Mitglieder der kaiserlichen Familie oder an hohe Staatsbeamte wird in Zukunft noch größere Vorsicht als bisher angewendet werden. Wie aus von gut informirter Seite mitgetheilt wird, soll das Defizit solcher Sendungen, resp. das Untersuchen etwa Verdacht erregender Sendungen, auf den betreffenden Postanstalten bereits vorgenommen werden, also ehe sie überhaupt in die Umgebung der Adressaten gelangen. Bei Sendungen, die auch nur die geringste Spur eines Verdachts aufkommen lassen, soll seitens der betreffenden Postanstalten sofort polizeilicher, sowie sachkundiger Beistand hinzugezogen werden. Man wird derartige bevorstehende Bestimmungen und Anordnungen theilweise mit als Ergebnis der Konferenzen zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler, sowie dessen Adjutanten, Major Ebmeyer, die anlässlich der Attentatsversuche stattfanden, zu betrachten haben. Wie uns von derselben Seite mitgetheilt wird, soll die Kaiserin, als sie von dem versuchten Anschlag auf ihren Gemahl Kenntniß erhielt, außerordentlich erregt gewesen sein. Von den Kindern des Kaiserpaars soll nur der Kronprinz und Prinz Eitel Fritz von dem Vorfalle Kenntniß erhalten haben.

— Hannover, 30. November. Ihre Majestäten der Kaiserin und der Kaiserin trafen um 4 Uhr Nachmittags hier ein und begaben sich im offenen vierpännigen Wagen nach dem Schloß. Auf dem ganzen Wege vom Bahnhof bis zum Schloß bildete eine dicht gedrängte Menschenmenge Spalier, welche die Majestäten mit lebhaften Zurufen begrüßte.

— Hannover, 30. November. Um 5 Uhr fand

bei Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin ein Diner statt, zu dem die Vorstände der Militär- und Zivilbehörden geladen waren. Um 7 1/2 Uhr erschienen beide Majestäten im königlichen Theater und nahmen in der großen Mittellage Platz. Der erste Rang war für die Generalität, die Vorstände der Zivilbehörden und die Familien der hier garnisontirenden Regimenter reservirt. Nach dem zweiten Akt hielten die Majestäten Cercle.

— München, 28. November. Die Nichtbestätigung der Ernennung des Kirchenhistorikers Dr. Langen (von der katholisch-theologischen Fakultät in Bonn) zum Mitgliede der Akademie der Wissenschaften ruft anhaltende Erregung hervor, weil sie längere Zeit schlummernde Gegensätze wieder geweckt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dem wissenschaftlich bewährten Gelehrten die Bestätigung verweigert wurde, weil er Altarhöflich ist. Namentlich hat der Kultusminister v. Müller die Geistes des Hofes nicht ohne triftige Gründe oder wenigstens ihm triftig scheinende Gründe heraufbeschworen. Die Sache hat ein politisches Beispiel. Seit Beginn der Landtagsession befindet sich das Zentrum in etwas gereizter Stimmung, die sich dem Minister des Innern gegenüber bereits bei der ersten Etatsberatung sehr bemerkbar machte. Große für geschickte gehaltenen Postulate (z. B. die Summe für die Bahnhofs-Neubauten in München und Augsburg) wurden auf indirekte Veranlassung Döllers gefürcht. Der Kultusminister beschränkte nur wohl ähnlisches für seinen Etat, besonders für eine beträchtlich erhöhte Forderung zum Besten der Akademie der Wissenschaften. Vermuthlich um dieses Postulat zu retten, hat der Minister augenscheinlich den Professor Langen geopfert. Was die Folgen des Schrittes betrifft, so herrscht augenblicklich unter den beehrten Gelehrten eine große Bewegung. Direkt in Konflikt gerathen sind durch den Vorfalle der Sekretäre der Akademie: Professor Löffler und Professor v. Cornelius, welche beide Altarhöflich sind.

— Oesterreich-Ungarn.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus erklärte bei der Beratung der Landwehrvorlage der Landesverteidigungsminister Graf Welserheims, Oesterreich gehöre zu denjenigen Staaten, welche nur das unumgänglich Nothwendige fordern. Wer heute nicht hart sei, werde vergebens kämpfen und alle Freiheit verlieren. Er glaube, wenn die Wehrfähigkeit des Reiches abhänge, sie wäre patriotisch genug, für die Vorlage zu stimmen. Das Wahlrecht sei bei einer anderen Gelegenheit zu erörtern, übrigens sei er nicht gegen eine Ausdehnung des Wahlrechts. Die Resolution auf Aufhebung des ehrentätigen Verfahrens sei unannehmbar. Die Duellefrage sei hier nicht zu lösen, aber gerade das ehrentätige Verfahren bringe eine Verringerung der Ehrenämter. Der Minister überlegte eingehend die angeblichen Fälle von Soldatenmißhandlungen. Angehörigen sollte nicht ganz zu vermeiden, aber eine Beschwerde bringe stets Remedur. Graf Welserheims hat schließlich, die nationalen Gesetze angelehnt der Erörterung der Wehrfähigkeit der Monarchie nicht zu verschärfen. (Gebäulter Beifall.) Das Haus beschloß in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 61 Stimmen, in die Spezialberatung der Vorlage einzugehen.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus betonte bei der Beratung des Budgets des Landesverteidigungsministeriums der Minister Jeryar, die Landwehr habe den möglichen Grad der Ausbildung erreicht, die Institution müsse jedoch immer weiter entwickelt werden. Der Mangel an Offizieren der Landwehr müsse behoben werden. Die 1160 fehlenden Offiziere müßten innerhalb 6 Jahren theils im Wege des Avancements, theils durch Veretzung aus dem stehenden Heere, theils durch Reserveoffiziere ergänzt werden. Von einer Germanisation sei keine Rede; die ungarische Landwehr sei und bleibe eine ungarische. Zur Beseitigung der Selbstmorde thue die Kriegserhaltung das Ihre durch Bestrafung der Begünstigen und schlechten Behandlung der Mannschaften. Die weitere Debatte wurde auf heute vertagt.

— Pest, 30. November. Der „Budapester Korrespondenz“ zufolge erfolgt die Vorlage des Gesetzesentwurfes über das Ehrenrecht sammt dem Motivenbericht in der Abgeordnetenhausung am Sonntagabend.

Die Kaiserin ist Abends nach Miramar abgereist und tritt morgen die in Aussicht genommene mehrmonatliche Seereise an. Der Kaiser geleitete die Kaiserin zum Bahnhofs, wo eine herzliche Verabschiedung stattfand. Die vor dem Bahnhofs versammelte Volksmenge begrüßte die Majestäten auf's wärmste.

— Schweiz.

— Bern, 30. November. Eine Telegraphen-Agentur meldet, es werde große Wachsamkeit an der Schweizer Grenze jetzt ausgeübt in Folge des neulich bei Zürich verübten Dynamitdiebstahls. Nach der Meldung verschiedener Züricher Blätter würde es sich um einen gewöhnlichen Diebstahl handeln, der nicht für anarchistische Verbrechen berechnet gewesen sei. Der Bundesanwalt hat übrigens von der Züricher Regierung einen amtlichen Bericht über den Hergang verlangt. Er lautet ist jedenfalls die Mittheilung des Londoner „Standard“, der Bundesrath hätte bereits im Einvernehmen mit den auswärtigen Regierungen eine Liste über die auszuweisenden Anarchisten vereinbart.

— Belgien.

— Brüssel, 30. November. Der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha traf heute Nachmittags um 6 Uhr auf dem Nordbahnhof ein und wurde dabei selbst vom Könige, dem Grafen von Flandern und dem Prinzen Albert begrüßt. Am Abend war Galadiner im königlichen Schloß, zu dem die Gefandten von Deutschland und Großbritannien Einladungen erhalten hatten. Morgen ist Familiendiner bei dem Grafen von Flandern.

— Frankreich.

— Paris, 30. November. Wie verlautet, wird Kasimir Perier in einem von ihm gebildeten Kabinete das Ministerium des Innern, Kamal dasjenige des Innern, Burdeau dasjenige der Finanzen und Spuller das Justizministerium übernehmen.

— Großbritannien und Irland.

— London, 30. November. Das Oberhaus

hat nach zweieinhalbstündiger Debatte die zweite Lesung der Haftpflichtbill angenommen.

— Rußland.

— Petersburg, 25. November. In den höheren Stellen der russischen Armee sind einige wichtige Veränderungen vorgegangen. Das in Uman an der österreichischen Grenze gelegene 12. Armeekorps wurde das 15. — Hauptquartier Warschau — wurde neu befest. Befehlshaber des 12. Armeekorps wurde der 60 Jahre alte Generalleutnant Batiawan, bisher Befehlshaber der 23. Infanteriedivision in Kiewal. Der neue Korpskommandeur ist ein kriegserfahrener Soldat, der sich als Führer größerer Truppenmassen in den letzten Jahren hervorragend bewährte, sobald man in russischen Fachkreisen mit großer Zuversicht auf ihn blickt. Batiawan zeichnete sich schon in Krimkriege als Lieutenant durch außerordentliche Tapferkeit bei Verteidigung von Sebastopol aus und holte sich später in den asiatischen Feldzügen den goldenen Ehrenkabel und den Georgs-Orden. 1879, bei dem ersten unglücklichen Feldzug gegen die Turkmene, befehligte er mit Auszeichnung das von seiner durch Tapferkeit berühmte 80. Labardinskische Infanterie-Regiment, in dessen Listen er auch weiter geführt wird. In den großen Herbstübungen der letzten Jahre schlug Batiawan stets seine Gegner, namentlich die Generale der Garde, was ihm in der Linie zu ganz besonderem Ansehen verhalf, umso mehr als er, ein seltener Fall, aus der Truppe und nicht aus dem Generalstabe hervorgegangen ist. Der neuernannte Befehlshaber des 15. Armeekorps, Generalleutnant Stofetow, bisher Kommandeur der 18. Infanteriedivision in Lublin, hat dagegen fast seine gesamte glänzende Laufbahn im Generalstabe zurückgelegt. Im Jahre 1855 zum Offizier befördert, sah sich Nikolai Grigorjewitsch schon nach vier Jahren im Generalstab, in welchem er die verschiedensten Stellen bekleidete. Er that sich namentlich in den kaukasischen Kämpfen hervor, und nach kaum 20 Jahren war er bereits General. Im türkischen Kriege befehligte er anfänglich eine Brigade, dann die bulgarische Miliz und wurde neben anderen Auszeichnungen mit dem Georgs-Orden belohnt. Später diente er im Militärbezirk Turkestan, bis er die vorgenannte Division an der preussischen Grenze erhielt, die er sieben Jahre befehligte. Stofetow ist 59 Jahre alt, erscheint aber weit jünger. Ebenfalls hat die russische Armee in den beiden genannten zwei besonders tüchtige Korpskommandeure erhalten. Vor kurzem verstarben zwei auch in deutschen Militärkreisen bekannte Generale, von Boguslawski und Sipjagin. Ersterer that sich schon im ungarischen Feldzuge, namentlich bei Debreczin hervor, später im Krimkrieg. In verschiedenen Organisationsfragen, besonders aber in der Militäreckegebung hatte Boguslawski entscheidenden Einfluß; er starb als General der Infanterie und Mitglied des Kriegsraths. Generalleutnant Sipjagin bekleidete zuletzt eine angenehme Stellung in den Wohltätigkeitsanstalten der Kaiserin; seine Stellung führte ihn früher öfters an den Berliner Hof.

— Petersburg, 28. November. In einem ihrer bekanntesten Heftartikel nennen die „Moskowski Wedomosti“ es einen Fehler, in Rußland einen Unterschied zwischen „Ausländern“ und „natürlichsten Ausländern“ zu machen. Alle gehörten sie unter die Klasse der Ausländer, unter denen natürlich das Moskauer Volk die Deutschen vertheilt. Es betont nämlich unmittelbar darauf die Nothwendigkeit, die zeitweiligen Bestimmungen von 1892 über die Anwerbung von Personen nicht-russischer Herkunft in Wolhynien auch auf weitere Gouvernements auszubehnen, in denen „der deutsche Waidwurm“ sich festgesetzt habe; denn selbstverständlich bezögen sich vornehmlich auf „Deutsche“ alle diese Bestimmungen, und solle man daher in ihnen dem allgemeinen Ausdruck „Ausländer“ einen bestimmten Zusatz „insbesondere Leute deutscher Herkunft“ hinzufügen. Eine ähnliche schärfere Fassung enthielten ja auch die Gesetze von 1865 und 1885, die allen Leuten polnischer und jüdischer Herkunft ihre Rechte bei Erwerbung von Immobilien in 10 Woiwodschaften beschränkten.

— Griechenland.

— Athen, 22. November. Die verlossene Woche, in welcher die Kammer konstituirte, gehört politisch sozusagen den Russen, deren Geschwader im Piräus ankert. Admiral Avelane wurde bei Hofe empfangen und ihm ein Gastmahl dafestlich gegeben. Andererseits gab der Admiral ein Fest an Bord, auf welchem die hiesige französische Kolonie, wenn auch geräuschlos, ihr Tonnen feierte. Das in der Audienz von dem schon früher bekannten Plan einer russischen Flottenstation im Ägäischen Meere die Rede gewesen, wurde von demselben Regierungsbüro, welches die Nachricht gebracht, zwei Tage später widerrufen, sei es in Folge des Irrthums, den ein Theil der Oppositionspresse darüber schlug, daß die Sache nicht zuerst an den verantwortlichen Minister gegangen, sei es in Folge der diplomatischen Verhandlungen, namentlich mit der englischen Gesandtschaft, welche sofort nach jener Audienz gepflogen wurden.

— Asten.

— Shanghai, 12. Oktober. Aus Peking kommt die Nachricht, daß der Bizekönig Li-Hung-schang wegen hohen Alters dem Kaiser um Enthebung von seinem Posten gebeten habe. Es ist dies nicht so auch diesmal die Antwort gewesen, daß Li nicht entbehrt werden könne. Auch auf seinen Vorschlag, einen Nachfolger für ihn zu bestimmen, ist es in Folge der diplomatischen Verhandlungen, namentlich mit der englischen Gesandtschaft, welche sofort nach jener Audienz gepflogen wurden.

Alters in den Ruhestand treten will. Vorgeschlagen sind zwei weniger bekannte hohe Mandarinen in Peking, ferner Schao-Ji-Pan, jetziger Gouverneur von Formosa, und endlich Wu-Tai-scheng, der als fremdenfeindlich gilt. Er wurde deshalb vor einem Jahr als Gouverneur nach Hunan geschickt, wo aber auch er aus eigenem Antriebe nicht viel zur Unterdrückung der Schmähchriften gethan hat. Wu hat vielleicht von den vier die meisten Ansichten, weil er den sehr hohen Grad eines Hanlin besitzt, d. h. er hat das Examen in der Hanlin-Akademie (Hanlin heißt wörtlich Schreibpinsel-Wald) in Peking bestanden und damit den höchsten literarischen Rang errungen, den es in China giebt. Der sogenannten Partei Si, die sich aus ihrer Heimathprouvin Hunan ergiebt, steht jedoch hiesig gleichfalls sehr mächtige Partei Tjo aus Hunan gegenüber, die ihren Namen von dem Eroberer Si-Turkestan, Tjo Tzung-tang, trägt. Ihr gehörte unter andern auch der in Europa feinstenfeindgenannte Marquis Tjeng an. Beide Parteien hielten sich während der letzten Jahrzehnte in Peking ziemlich die Waage, weil die regierende Dynastie beiden viel verbannt; denn Si-Hung-schang hat im Verein mit Gordon in den vier Jahren die sehr gefährliche Empörung der Taiping's niedergeworfen, und Tjo Tzung-tang war es in dem folgenden Jahrzehnt gelungen, die ausgeübte Empörung im Westen, die sich wie ein Keil zwischen Tibet und die Mongolei schob und schon das eigentliche China bedrohte, völlig zu unterdrücken. Nimmt Si-Hung-schang wirklich einmal seinen Abschied, so läßt sich der Kaiser die Gelegenheit vielleicht nicht entgehen, sich von beiden Parteien freizumachen und irgend einen unabhängigen hohen Mandarinen zum Nachfolger bis zu ernennen. Möglich ist es aber auch, daß wenigstens zunächst der Posten nicht wieder in derselben Weise besetzt werden wird. Si-Hung-schang hat nämlich neben mehreren Hofämtern vor allem zwei wichtige Posten, den eines Bizekönigs von Peking, dessen Hauptstadt eigentlich Baotjing ist, und den eines Generaldirektors des gesammten nördlichen Handels mit dem Siz in Tientsin. Möglicherweise werden beide Ämter später wieder getrennt. „Premierminister“, wie Si-Hung-schang meistens in deutschen Zeitungen genannt wird, ist in China zunächst nur ein Titel, den mehr als einer haben kann. Si hat jedoch bei dem großen persönlichen Ansehen, das er bei Chinesen und Ausländern genießt und weil er die beiden genannten hohen Ämter in seiner Person vereinigt, hauptsächlich seit langer Zeit den Platz eines ersten Beraters der Krone eingenommen, besonders in auswärtigen Angelegenheiten.

### Leuchtgas.

(Schluß.)

Ich habe bereits die Gas Light & Coke Comp., die erste und größte Gascompagnie der Welt, erwähnt, und es wird nicht uninteressant sein, derselben hier einige Worte zu widmen.

Das gefächelt autorisirte Kapital dieser Gesellschaft beträgt nicht weniger als 12000000 Pf. Sterling. Ihre jährlichen Uebernahmen ergeben an Ausgaben etwa 2889000 Pf., gegen eine Einnahme von 3678000 Pf., so daß ihre jährliche Revenue etwa drei Viertel einer Million Pf. Sterling beträgt.

Von Vorkon, im Osten Londons, wo ihre Hauptwerke sind, verbreiten sich ihre Leitungen wie ein ungeheures Netz über einen beträchtlichen Theil Londons, und ist die Länge derselben auf nicht weniger als 2000 englische Meilen geschätzt worden. Sie beständig permanent etwa 11000 Personen, und im Jahre 1892 verlor sie 220000000 Pf. an Gas, 682 Kirchen und Kapellen, 530 Eisenbahnstationen, 297 Hotels, 261 Regierungsgebäude, 265 Banken und 175 Hospitäler, neben einer großen Anzahl von Theatern, Märkten u. s. w. mit Gas.

Ihre Produktionskraft ist demgemäß auch eine ungeheure, und die Vorkon-Werke können jeden Tag 56 1/2 Millionen Kubfuß Gas bei einem Verbrauch von 31000 Tons Kohlen per Woche erzeugen. Ihre Lageräume für die letzteren Artikel sind auf 200000 Tons berechnet, und so ungeheuer dies uns auch erscheinen mag, so ist die Anbahnung solcher fast sogleich vorräthigen Vorkon, in London wenigstens, eine durchaus notwendige, denn klimatische Verhältnisse, namentlich der berühmte und berüchtigte Londoner Nebel, machen sehr häufig eine Kohlenzufuhr unmöglich. Im November 1891 hatten wir in London eine volle Woche dichten Nebels, eine Zeit, in der alle Gaszufuhr aufhören muß und selbst Eisenbahn und Verkehr bei Had unter den größten Schwierigkeiten und dem größten Zeitverlust betrieben werden kann. Ohne die ungeheuren Kohlenvorräthe der Gesellschaft wäre ein großer Theil Londons damals in totale Finsterniß gehüllt worden, denn obgleich zu dieser Zeit zwölf der großen Gesellschaft zugehörige Kohlenhöfe beladen in der Themse lagen, konnte kein einziges davon den Entladungspfad erreichen. Man sprach in London bereits über das endliche vermeintlich unvermeidliche Auslösen der Produktionskraft der Gesellschaft, glücklicherweise jedoch war dieselbe durch ihre Reserve allen diesen außerordentlichen Anforderungen gewachsen. Der Höhepunkt des Nebels lag am Donnerstag der beregneten Woche, wo London in absolute ägyptische Finsterniß gehüllt war, und an diesem Tage produirte die Gesellschaft 12800000 Kubfuß Gas, eine Quantität, welche einer Säule von 1 Fuß Dicke und gegen 2424 englischen Meilen Höhe, dem ungefähren Umfang der Erde, bilden könnte. Der Verbrauch an Kohlen an diesem Tage betrug 13000 Tons. Der jährliche Bedarf der Gesellschaft darin wird auf etwa zwei Millionen Tons geschätzt.

Oben so groß, wie im Anfang die Opposition gegen das neue Licht in England war, so scheint sie es auch bei uns in Deutschland gewesen zu sein, denn erst weit später finden wir dasselbe, und dies auch nur in den großen Städten, dessen Einführung. Die Mittel- und kleineren Städte begnügten sich noch lange Zeit mit den alten Lampen. Es war etwa um das Jahr 1840, als mir in meiner schlesischen Vaterstadt zum ersten Male versprochen wurde, das neue Licht zu bewundern. Der Direktor unserer alten Realische, ein alter würdiger Herr, dem ich persönlich alles zu verbanden habe, was ich in Naturwissenschaften weiß, hatte es unternommen, an einem Abend ein öffentliches Fest mit Gas zu beleuchten. Die ganze Elite der Stadt war zugegen, ich kann mich nicht mehr genau erinnern, wie glücklichem Umstand ich es zu verdanken hatte, auch zugefassen

